

Ulbricht treibt es auf die Spitze

Der „forcierte Sozialismus“ beginnt mit Grenzschikanen

Am letzten Wochenende tagte in Ostberlin das 33. Plenum des Zentralkomitees der SED. Ulbricht hat hier ein Programm für die nächsten drei Jahre entworfen, das dem vom Juli 1952 — als er seinen dreihängnisvollen „Aufbau des Sozialismus“ verkündete — auf ein Haar gleicht. Wieder ist die Rede von der Notwendigkeit des beschleunigten Aufbaus der Schwer- und Rüstungsindustrie, immer weitere Anstrengungen für die „Landesverteidigung“ werden gefordert. Die Arbeiter sollen sich auf radikale Normenerhöhungen vorbereiten, die Aufhebung der Rationierung — für die es noch keinen festen Termin gibt — wird zugegebenermaßen eine generelle Preiserhöhung nach sich ziehen.

Und mitten in diese Kette damit noch lange nicht erschöpfter Hiobsbotschaften platzt die Meldung von den sich häufenden Grenzschikanen der Volkspolizei. Nachdem die SED erst kürzlich anlässlich ihres Währungsmanövers die international garantierte Interzonenautobahn sperren und damit die gesamte westliche Welt aufhorchen ließ, geht sie nun daran, den freien Bahntransportverkehr zwischen Berlin und der Bundesrepublik zu stören. Kurz zuvor hatte sie vergeblich versucht, auch noch auf den Luftverkehr Einfluß zu nehmen.

Sowjets tragen Verantwortung

Die Sowjets, die ebenso wie die USA, Großbritannien und Frankreich zu den Schutzmächten Berlins gehören, haben durch ihre Passivität und offenkundige Sabotage im Alliierten Kontrollrat die SED zu solchem Vorgehen ermuntert. Die SED befindet sich in der Lage eines Gangsters, der, um „ernst“ genommen zu werden, ein paar möglichst offensichtliche Verbrechen begeht. Indem die Sowjetzonenregierung die Existenz eines „zweiten deutschen Staates“ dokumentieren möchte, verübt sie eine Reihe internationaler Rechtsbrüche, die die Bundesrepublik angeblich zwingen sollen, sich mit Pankow darüber zu unterhalten.

Dies ist eine recht seltsame

Art, zu internationaler Anerkennung zu gelangen. Und es ist unzweifelhaft, daß dies in aller Kürze ernste Folgen haben muß. Denn ein Staat wie die Bundesrepublik kann nicht dulden, daß man ihn auf solche Art laufend provoziert. Er muß und wird die Sowjetunion dafür verantwortlich machen, und diese wird — wenn nicht alle Anzeichen trügen — Ulbricht recht bald wieder zurückpfeifen.

Arbeiter werden betrogen

Immerhin ist dies ein schöner Start für Ulbrichts neues „Programm“. Was aber wird dieses der Bevölkerung bringen? Da ist einmal die Rationierung. Man vermutet, daß sie zum Jahresbeginn aufgehoben werden soll. Vorerst müssen auf Grund des laufenden Abkommens aus der Sowjetunion — im Zuge weiterer Verschuldung — die Lebensmittelmengen für die Staatsreserve bezogen werden. Die Preise werden dann allerdings weit über dem Mittel zwischen HO- und Konsumpreis liegen. Das heißt, daß der Reallohn der Bevölkerung um etliche Prozent absinken wird.

Die Arbeiter haben neue Normenerhöhungen zu erwarten. Angesichts der laufenden Materialschwierigkeiten und Produktionsstockungen führt das automatisch zur Lohnsenkung. Um dies zu vertuschen, spricht die SED jetzt von einer „Verbesserung der Lohnbasis“ auf

Kosten der Staatsangestellten. Man will deren Gehälter herabsetzen. Aber wie wird man das tun?

Es gibt bereits sehr genaue Informationen darüber. Die SED-Gruppen in den Ministerien haben Gehaltsvorschläge ausgearbeitet, die eine Verringerung der Grundgehälter bei technischen Angestellten und eine Streichung der sogenannten „Leistungszulagen“ bezwecken. Der Erfolg wird sein, daß die Sekretärinnen und Sachbearbeiter im nächsten Jahr mit 30 bis 50 Ostmark weniger nach Hause gehen werden, während sich in den oberen Gehaltsklassen kaum etwas verändern kann. Ähnlich ist es im Handel. Auch hier sollen die Löhne und Gehälter „den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt“ werden. Das heißt: HO-Angestellte, die der Privatwirtschaft mittels höherer Gehälter „weggekauft“ wurden, müssen auf eine „angemessene Gehaltsebene“ zurückgestuft werden. Das alles in Verbindung mit einer allgemeinen Preiserhöhung — da kann man der SED nur viel Glück wünschen, wenn sie dies bei der Bevölkerung durchsetzen muß...

Die Drohungen gegen künftige Zonenfüchtlinge liegen auf der gleichen Linie wie die Einschüchterungsversuche gegen die Zonenintelligenz. Die SED vermutet nicht zu Unrecht, daß ihr „Programm bis 1960“ eine neue Welle des Widerstandes und eine neue Fluchtbewegung auslösen könnte. Sie beugt vor und tut das schlechteste, was sie machen kann: sie droht. Sie droht ihrer eigenen Bevölkerung, und sie droht dem Westen. Und wird unversehens zwischen zwei Feuer geraten, zwischen denen man so leicht verbrennen kann...

Abbruch — nicht Rückzug

J.-R. R. In der Bundeshauptstadt Bonn geht eine etwas bitter klingende Anekdote von Mund zu Mund: Da habe, so erzählt man, in den letzten Tagen ein Unbekannter das Auswärtige Amt in der Koblenzer Straße angerufen und gefragt, ob nach dem geplanten Abbruch der Beziehungen zu Jugoslawien nunmehr der Krieg erklärt werden würde. Die Antwort des Auswärtigen Amtes habe gelauret, das sei nicht der Fall und auch nicht beabsichtigt. Der anrufende Zeitgenosse war nicht ganz auf der Höhe der Zeit-situation, jedoch verfügte er offenbar über historische Erfahrungen. Früher, und das heißt wohl vor Anbruch des Atomzeitalters, als noch das Konzert der europäischen Mächte die Weltpolitik bestimmte, bedeutete der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen zwei Staaten den Anfang vom Ende der Diplomatie und den Beginn der berechtigten Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. So hatte Clausewitz vor 150 Jahren den Krieg definiert.

Eine schwere Entscheidung

Aber wir leben im Atomzeitalter. Dieses wird von zwei, äußerstenfalls drei Mächten beherrscht, welche den Krieg scheuen wie die Pest, weil sie wissen, daß der Einsatz von Wasserstoffbomben, von schnellfliegenden Bombern und interkontinentalen Raketen nicht über Sieg und Niederlage, sondern über das Ende aller Beteiligten entscheiden würde. Heute also erscheint der Abbruch diplomatischer Beziehungen nicht als die vorletzte, sondern als die letzte Phase politischer Beziehungen. Eine kriegerische Fortsetzung im Sinne von Clausewitz gibt es nicht mehr, schon gar nicht für Mächte zweiten Ranges. Dazu gehören sowohl die Bundesrepublik wie Jugoslawien. Und dieses Erkenntnis machte die Entscheidung, die in Bonn endgül-

tig getroffen wurde, so schwer. Zum ersten Male war die Diplomatie des relativ jungen westdeutschen Staates gezwungen, das äußerste Mittel, eben den Abbruch diplomatischer Beziehungen gegenüber einem anderen Staate einzusetzen.

Das Auswärtige Amt mit seinem Chef, von Brentano, und letztlich das amtierende Bundeskabinett haben sich die Sache nicht leicht gemacht. Man weiß in Bonn, daß man mit diesem Abbruch der Beziehungen zu der kommunistischen, aber bisher außerhalb des Ostblocks stehenden Regierung des Marschalls Tito diplomatisches und politisches Neuland betreten hat. Niemand kann mit Sicherheit voraussagen, ob dieser Warnschuß immer die gewünschte Wirkung haben wird. Ob nämlich andere Staaten, wie etwa das offenbar sowjetisch beeinflusste Syrien oder Ägypten, Burma oder Staaten der asiatisch-afrikanischen Gruppe, nunmehr die Lust verlieren werden, ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu dem SED-Regime in Ostberlin auch diplomatisch durch eine Anerkennung zu verbessern. Gewünscht und erhofft wird in Bonn die Abschreckung anderer Länder vor einem solchen Schritt.

Jeder frei lebende Deutsche wird wünschen, daß sich diese Erwartung der Bundesregierung bestätigt. Aber es wäre billig und zu vereinfachend, wenn die Bedenken, die diesem Entscheid der geschäftsführenden Bundesregierung im interfraktionellen Ausschuß aller Parteien entgegengehalten wurden, mit einer Handbewegung abgetan würden. Was ist denn geschehen? Nichts Geringeres als der Abbruch, das heißt der Verzicht auf diplomatische Repräsentanz in dem einzigen Land des „sozialistischen Lagers“, in dem bisher die Bundesrepublik als Vertreter des freien Deutschland diplomatisch vertreten war. Die jugoslawische Hauptstadt Belgrad war deshalb so interessant für die Bonner Diplomatie und für ihren tragischerweise soeben verstorbenen osterfahrenen Diplomaten Dr. Pfeiderer, weil sich hier die westdeutsche Politik auf einem Beobachtungsstand ersten Ranges in der östlichen Welt befand. Das ist nun

zu Ende. Der diplomatische Abbruch bedeutet auch, Brücken abbrechen, heißt Repräsentanten und Beobachter zurückziehen und Informationsquellen verlieren.

Freier Weg nach Warschau?

Es ist leicht, diese Entscheidung, die nur von der Bundesregierung und nicht vom Parlament getroffen werden konnte, in Grund und Boden zu kritisieren. Darum auch, weil das Argument, die westdeutsche Diplomatie beraube sich durch den Abbruch der gegenwärtig einzigen Einwirkungsmöglichkeit auf die sowjetisch überschatteten Länder Ost- und Südosteuropas, nicht von der Hand zu weisen ist. Aber auf der anderen Seite ist die Befürchtung, die Entscheidung Titos könne eine Kettenreaktion der Welt auslösen und die diplomatische Front der Wiedervereinigungspolitik auf das äußerste gefährden, kaum zu widerlegen. Natürlich haben unsere westlichen Verbündeten, die USA vor allem und England sowie Frankreich, die Bundesrepublik in ihrem Vorgehen verstanden und unterstützt, wenn sich auch dieses Verständnis auf ein Bedauern über Belgrads Schritt beschränkt. Das ist etwa die sanfteste Form diplomatischer Einwirkung.

Diese Partie, diese Entscheidung mußte die westdeutsche Politik allein treffen und vertreten. Sie muß wissen, daß nun zunächst der Weg nach Warschau oder etwa nach Prag allem Anschein nach verriegelt ist. Schließlich kann sich ein Land von der Bedeutung der Bundesrepublik nicht leisten, auf eine Anfrage in Warschau, ob man einem gegenseitigen Austausch von Handelsdelegationen zustimmen würde, eine Absage zu erhalten. Gomulkas polnische Regierung ist immerhin Jugoslawien und seinem Marschall durch seine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige polnische Westgrenze zu Dank verpflichtet. Mit all dem müssen wir jetzt rechnen. Und darum war die Bonner Entscheidung so schwer.

Jeder Wohlmeinende hofft, daß durch diesen scharfen Schuß aus der Bonner Kanelen andere

(Fortsetzung auf Seite 7)

Weniger USA-Hilfe für Tito

Folgen der Anerkennung Pankows

Washington (AP). Die Vereinigten Staaten werden wegen der Anerkennung des Sowjetregimes durch Jugoslawien die diesem Land bisher gewährte Militär- und Wirtschaftshilfe zum größten Teil einstellen. Dies wurde von zuständiger Seite des State Department als ein Entschluß des amerikanischen Außenministers Dulles bekanntgegeben. Sichere Folge des Entschlusses sei, daß die erst im Mai nach einjähriger Pause wiederaufgenommene Lieferung größerer Rüstungsgüter, darunter amerikanische Düsenflugzeuge, von neuem eingestellt werde.

Außerdem würden — so heißt es in der Mitteilung weiter — die ins Auge gefaßten Verhandlungen mit der jugoslawischen Regierung in Belgrad über ein neues Wirtschaftsprogramm für das laufende Fiskaljahr abgesetzt werden. Fortsetzen könnte man wahrscheinlich nur die Ersatzteillieferungen für die schon in Jugoslawien befindlichen amerikanischen Waffen und Geräte.

Die Entscheidung ist, wie weiter gesagt wurde, mit den westeuropäischen Verbündeten, besonders Großbritannien, erörtert worden. Doch ist das Ausmaß ihrer Anwendung im einzelnen noch festzulegen. Der Sprecher des britischen Außenministeriums lehnte es allerdings am Mittwochnachmittag ab, zu dem Bericht aus Washington Stellung zu nehmen. Ihm war auch angeblich nichts von einer Absicht Großbritanniens bekannt, die Hilfe für Jugoslawien wegen dessen Anerkennung des Sowjetzonen-Regimes einzustellen.

Der jetzige Entschluß von Dulles wird in Washington dahingehend ausgelegt, daß man in Regierungskreisen zwar noch immer nicht sicher sei, ob Tito als angeleglicher Neutraler zwischen den Mächteblöcken schon ganz abzuschreiben sei, daß

aber das diesbezügliche Mißtrauen einen hohen Grad erreicht habe, als Tito die sogenannte „DDR“ anerkannte. Das State Department hat darin eine Stärkung der Sowjetzone und damit der sowjetischen Haltung in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands erblickt und den Schritt Belgrads, vor dem es nach der ersten Ankündigung gewarnt hatte, öffentlich bedauert.

Wie Kreise des State Department am Mittwoch äußerten, wird die Einstellung der amerikanischen Jugoslawien-Hilfe als eine im jetzigen Zeitpunkt not-

Was geht im Kaukasus vor?

Sowjet-Atomwaffen an Türkis Grenze

Moskau (DPA/Eigenmeldung). Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Sowjetunion den transkaukasischen Gebieten im gegenwärtigen Zeitpunkt eine besonders wichtige militärische Bedeutung beimißt. Transkaukasien wurde in letzter Zeit mehrfach als türkisch-sowjetisches Spannungsgebiet genannt.

Nach einer sowjetischen Rundfunkmeldung ist der stellvertretende sowjetische Verteidigungsminister Konstantin Rokossowski (der ehemalige Statt-

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie in der sowjetischen Besatzungszone erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansicht- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

wendige, aber nicht unwiderfugliche Maßnahme aufgefaßt. Es komme jetzt darauf an, festzustellen, wie Tito der Sowjetunion und auch den Westmächten gegenüber tatsächlich stehe, und wie er sich weiter verhalten werde.

halter des Kremls in Polen) in den Kaukasus versetzt worden und hat das Kommando über den Transkaukasischen Militärbezirk übernommen.

Am selben Tag schrieb der sowjetische General Iwachtchenko in der georgischen Zeitung „Sarja Wostoka“: „Ein beträchtlicher Beitrag zur Stärkung der Schlagkraft der sowjetischen Armee wurde durch die Streitkräfte im transkaukasischen Wehrbezirk geleistet. Durch Manöver und Feldübungen haben diese ihre Kampfkraft ständig gesteigert und studieren jetzt die Kriegführung unter äußerst schwierigen Bedingungen und unter Berücksichtigung der Anwendung von Atomwaffen und anderen neuen Kriegsmitteln.“

Nach Ansicht westlicher Kreise in der sowjetischen Hauptstadt ist es durchaus denkbar, daß die militärischen Maßnahmen der Sowjets in Transkaukasien auch im Zusammenhang mit dem Syrien-Konflikt stehen, um auf die Türkei einen entsprechenden Druck auszuüben.

Angstkäufe in der CSR

Folge der Geldumtausch-Aktion in der Sowjetzone

Wien (AP). Als Folge der Geldumtauschaktion in der Sowjetzone ist es in der Tschechoslowakei zu Angstkäufen der Bevölkerung gekommen. Wie Reisende berichten, die aus der Tschechoslowakei zurückkehren, kaufte die Bevölkerung soviel wie möglich von den verfügbaren Waren auf, da sie eine

ähnliche Währungsmanipulation im eigenen Lande befürchtet.

Anzeichen für eine solche Aktion in der Tschechoslowakei wurden bisher allerdings nicht beobachtet. Die letzte Währungsreform fand in der Tschechoslowakei im Mai 1953 statt und war von Lohnsenkungen begleitet, um auch auf diesem Wege Kaufkraft abzuschöpfen.

Fernsehstation im Weltraum?

Weitreichende Pläne amerikanischer Wissenschaftler

Washington (AP). Wissenschaftler der amerikanischen Marine hoffen, daß es ihnen innerhalb weniger Jahre möglich sein wird, eine Fernsehstation im Weltraum zu errichten. Nach ihren Plänen soll eine solche „Station“ mit einem Teleskop in einem Satelliten die Erde umkreisen und Fernsehaufnahmen von Sternen und Planeten zur Erde zurückfunken.

Wie der Leiter des „Projekts Stratoskop“, Professor Martin Schwartzschild, auf einer Pressekonferenz mitteilte, ist bei diesem Unternehmen nicht an einen „Himmelspion“ gedacht, der mit Hilfe von Aufnahmen der Erdoberfläche militärische Geheimnisse entdecken solle.

Nach Ansicht der Wissenschaftler könnte ein Satellit als „Weltraumobservatorium“ ohne weiteres mit einem 15-cm- oder 30-cm-Teleskop ausgerüstet werden und die Energie für Fernsehkamera und -sender aus der Sonnenenergie gewinnen. Aufnahmegerät, Sender und Teleskop sollen von der Erde aus gesteuert werden, so daß dieser Satellit möglicherweise Jahrzehnte die Erde umkreisen könne.

Zur Vorbereitung dieser Station wollen die Wissenschaftler zunächst Ballone mit Teleskop und Fernsehausrüstung in die Stratosphäre senden. In zwei

Jahren soll ein 30-cm-Teleskop mit einem Ballon aufsteigen, und bis 1961 sogar ein 90-cm-Teleskop in die Stratosphäre entsandt werden. Man plant,

Keine Bedrohung Syriens

Die Note der Türkei an ihren Nachbarn

Ankara (DPA). Die Türkei hat in einer veröffentlichten Note Syrien erneut versichert, daß die türkischen Truppenzusammenziehungen an der syrischen Grenze keine Bedrohung des Friedens darstellen. Die Note unterstrich eine Erklärung des türkischen Ministerpräsidenten Menderes, daß Syrien von der Türkei in keiner Weise bedroht werde. In der Note betont die Türkei, Syrien sei nicht berechtigt, gegen türkische Truppenbewegungen zu protestieren.

In türkischen Hafen Izmir trafen vier Schiffe der amerikanischen 6. Flotte ein, die an einem Manöver im östlichen

Teil des Mittelmeeres teilgenommen hatten. Unter diesen Schiffen befindet sich der Kreuzer „Canberra“, der in der Lage ist, ferngelenkte Raketen zu schießen.

die Ballone bis in eine Höhe von 24 000 Meter aufsteigen zu lassen, um von dort aus, ungehindert von der Luftschicht, Bilder von Sternen und Planeten zu machen. Schwartzschild erklärt, daß letzte Woche Luftwaffen-Fotografen mit einem Ballon in rund 25 Kilometer Höhe gewesen seien und Aufnahmen von der Sonne mitgebracht hätten, wie sie auf der Erde noch nicht gesehen worden seien.

Die Ungarn schwiegen

Wien (DPA). Der Jahrestag der ungarischen Revolution vom Oktober 1956 ist in ganz Ungarn ohne Zwischenfälle verlaufen. Der Tag war ein normaler Arbeitstag, wie es die Regierung gefordert hatte. Kommunistische Funktionäre und Regierungsvertreter hatten bereits Wochen vorher gewarnt, daß man jeden Demonstrationsversuch „mit eiserner Faust“ niederschlagen werde. Auch das Tragen von Trauer oder der Besuch der Gräber der Opfer des Aufstandes war untersagt.

Die westliche Welt gedachte in vielen Kundgebungen des Jahrestages des ungarischen Aufstandes. Die Zeitungen widmeten den Budapestereignissen zahlreiche Artikel. In Straßburg widmeten im Europarat die Vertreter von 15 europäischen Nationen den Opfern des Freiheitskampfes eine Schweigeminute. In einer einstündigen Debatte über Ungarn vertraten die Delegierten übereinstimmend die Meinung, die Verwirklichung der westlichen Einheit sei die einzig mögliche Schlußfolgerung aus dem ungarischen Aufstand.

In Paris wurde der Carrefour Chateaudun, an dem sich der Sitz der französischen Kommunistischen Partei befindet, offiziell in „Kossuth“-Platz umgetauft. Der Freiheitsdichter Kossuth gilt in Ungarn als Nationalheld.

Krisenstimmung im Europarat

Opposition gegen den Ministerrat

Straßburg (DPA). Die seit langem bestehenden Gegensätze zwischen der Beratenden Versammlung des Europarates und dem Ministerrat sind am Dienstag in bisher noch nicht dagewesener Form offen zum Ausbruch gekommen. Die Delegierten aus 15 europäischen Ländern lehnten es in einer Atmosphäre der Gereiztheit und Verärgerung ab, über den Tätigkeitsbericht des Ministerrats zu diskutieren, weil keiner der 15 Außenminister der Mitgliedstaaten anwesend war.

In einer mit 58 gegen nur zwei Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommenen Entscheidung wurde der Bericht an den Ministerrat zurückverwiesen. Er soll erst beraten werden, wenn ein Mitglied des Ministerrates zur Verfügung

steht. In einer zweiten, mit großer Mehrheit gebilligten Entschließung fordert die Versammlung eine Reform des Vertrages über die Gründung des Europarates. Einzelheiten wurden nicht angegeben.

Dieser offene Bruch zwischen den europäischen Parlamentariern und den nationalen Ministern kommt in einem Augenblick, in dem die Versammlung sich darum bemüht, Möglichkeiten einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik zu prüfen.

Der Präsident der Versammlung, Fernand Dehousse (Belgien), wies darauf hin, der Ministerrat sei rechtzeitig vor den Folgen der Abwesenheit seiner Mitglieder für die Versammlung und die öffentliche Meinung gewarnt worden.

So sind sie wirklich:

Aber den Lowack ließen sie verkommen . . .

Im Februar 1946 stand auf dem jugoslawischen Grenzbahnhof Jesenice ein friender Partisanenoffizier, um den ersten Transportzug deutscher Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft zu verabschieden. Die schwerverwundeten Gefangenen — es war ein Lazarett-Transport — staunten nicht schlecht, als dieser Offizier in unverfälschtem Berliner Dialekt erklärte: „Ick bin vom Wedding, aber da sind jetzt die Franzosen! Jungens, wenn ihr könnt, geht in den russischen Sektor oder in die Sowjetzone — da werdet ihr die echte Freiheit finden . . .“

Der das sagte, hatte zu jener Stunde wirklich daran geglaubt. Alfred Lowack, Sekretär des Belgrader Antifakomitees, war als Angehöriger eines Wehrmacht-Strafbataillons zur jugoslawischen Partisanenarmee übergegangen und hatte in Belgrad ein „Umerziehungslager“ nach sowjetischem Muster eingerichtet. Keine sechs Jahre später waren seine Schüler geächtet und verfeimt. Von eben jenen, für die er sie erziehen wollte.

„Schlagt die Faschisten . . .“

Lowack wurde 1905 in Berlin geboren. Als Arbeitersohn erlernte er die Schriftsetzerei und ging als 14-jähriger in die „Sozialistische Arbeiterjugend“ (SAJ). Mit 18 Jahren wurde er Mitglied der SPD. Als Gruppenreferent gehörte er später dem Kreisvorstand der SPD Berlin-Kreuzberg an und war einer der wenigen Sozialdemokraten, die damals die umstrittene „Aktionsgemeinschaft“ mit dem jungen KP-Intellektuellen Heinz Neumann eingingen. Neumann hatte die Parole ausgegeben: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ und damit den Auftakt zu den schweren Straßenkämpfen in der letzten Phase der Weimarer Republik gegeben. Lowack hatte zusammen mit einer Gruppe junger SAJ-Funktionäre diese Lösung in der Kreuzberger SPD zu popularisieren versucht und die Besetzung des Halleschen Tores

ALFRED LOWACK

durch „Arbeitereinheiten“ anlässlich einer SA-Kundgebung vorbereitet.

Seit dieser Zeit war Lowack für die Kommunisten der Verbindungsmann, den sie brauchten. Der längst zum Funktionär gewordene Schriftsetzer war bereits lange Zeit Kommunist, als er noch das Parteibuch trug. Er gehörte zusammen mit Heinz Neumann zu denen, die an das große Wunder Sowjetunion glaubten, die den Faschismus schlagen wollten, als die Sowjets mit diesen bereits paktierten. Neumann wurde dafür in der Sowjetunion umgebracht, und Lowack mußte sich knappe 20 Jahre später als „Tito-Faschist“ beschimpfen lassen.

Von den 999ern zur SED

Nach Hitlers Machtergreifung gehörte Lowack zu denen, die tatsächlich Widerstand zu leisten versuchten. Als zeitweiliger Leiter einer illegalen Gruppe, deren Mitglieder später fast ausnahmslos hingerichtet wurden, wurde er 1936 von den Nazis — die ihn mit einem „leichteren Fall“ verwechselten — verhaftet und zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Einen Teil dieser Strafe verbüßte er im KZ, wo er vielen heute leitenden Kommunisten zum Lebensretter wurde. 1941 wurde Lowack Soldat, kam nach Griechenland und war dort als Angehöriger des Strafbataillons 999 einer Wachinheit in Korinth zugeteilt. Auf dem großen Rückzug aus Jugoslawien desertierte er in Mazedonien und

fand später in Serbien Anschluß an Titos „Jugoslawische Befreiungsarmee“. Jugoslawische Kommunisten, die Heinz Neumann und dessen Freunde kannten, setzten Lowack als stellvertretenden Leiter einer Art Antifaschule ein, die in den Kriegsgefangenenlagern Schulungskurse abhalten sollte. Im Herbst 1946 kam er nach Ostberlin und wurde Redakteur in der SED-Zeitung „Neues Deutschland“. Ein Jahr später holte ihm Ulbricht — der zu dieser Zeit ein angeblich „glühender Verehrer des jugoslawischen Freiheitskampfes“ war — in den damaligen Landesvorstand Berlin, wo Lowack für die gesamte Rundfunk- und Presselenkung verantwortlich war. Drei weitere Jahre später wurde Lowack eines Septembermorgens sang- und klanglos entlassen. Ein Kurier des SED-Zentralkomitees teilte ihm mit, daß er sich bis „zur Überprüfung seiner Personalien“ in ein abgelegenes Industriewerk zu begeben habe. Als kleiner Betriebsfunkredakteur und zeitweiliger Hilfsarbeiter endete seine Karriere.

„Wir kommen nicht mehr hoch . . .“

Lowack hat sich „bewährt“. Die Partei gab ihm noch einmal einen Job, als Mitglied der Chefredaktion des FDGB-Organs „Tribüne“. Dann kam eine erneute „Personalüberprüfung“, und Lowack lag wieder auf der Straße. Die SED setzte ihn als Mitgeschäftsführer des bedeutungslosen Ost-Presserverbandes ein. Aber Lowack durfte nicht einmal Rechnungen unterschreiben. „Wir kommen nicht mehr hoch . . .“ berichtete er resignierend, als ihn zum ersten Male jugoslawische Freunde besuchen durften. Und jene „Titoisten“, die Lowacks Rehabilitierungsversuche bespöttelten, während sie selbst die Annahme jeder neuen SED-Funktion verweigerten, zitierten den in SED-Funktionärskreisen bekannten Spruch, in Abwandlung eines ganz und gar nicht kommunistischen Schlagers: „Aber den Lowack, — den ließen sie verkommen . . .“

Nobelpreis für Camus

Stockholm (DPA). Der diesjährige Literatur-Nobelpreis wurde in Stockholm dem französischen Schriftsteller und Dramatiker Albert Camus zuerkannt. Mit dem Nobelpreis ist in diesem Jahr eine Geldzuwendung von rund 169 000 DM verbunden. Die Nobelpreise werden am 10. Dezember in Stockholm überreicht.

Die Hochzeit der Feinde

Was erhofft sich Tito von Ulbricht und der SED?

In zahlreichen Stellungnahmen hat die SED-Presse ihrer tiefen Genugtuung über die Anerkennung Pankows durch Tito Ausdruck gegeben. Und nicht ohne hämische Grinsen hat man im SED-Zentralkomitee den daraufhin erfolgten Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad zur Kenntnis genommen. Nun müßte sich Tito — so argumentiert man — in allen deutschen Angelegenheiten an Ulbricht halten. Dessen alter Feind müßte damit eine vor Jahren noch für unmöglich gehaltene Freundschaft akzeptieren. Es gibt SED-Mitglieder, die anders darüber denken: 11 000 leitende und mittlere Funktionäre, die als „Titoisten“ aus allen Ämtern verjagt wurden und bis heute nicht rehabilitiert worden sind, 11 000 Feinde Ulbrichts, die Tito maßlos enttäuschte.

Die Sowjetzonenpartei ist nämlich heute — mit Ausnahme der KP Albanien — die einzige Ostblockpartei, die weiterhin ehemalige „Titoisten“ maßregelt und verfolgt. Von etwa 11 000 SED-Funktionären, die im Jahre 1950 ihre Ämter und Titel niederlegen mußten, weil sie irgendwann einmal in Jugoslawien waren oder dorthin Beziehungen unterhielten, wurde bis heute nicht ein einziger rehabilitiert. Als im Herbst 1950 der berühmte „Befehl 2“ gegen Westemigranten und Titoisten in Kraft trat, hat man diese Leute „zur Bewahrung“ in die Industrie oder aufs Land geschickt. Redakteure des SED-Zentralorgans gingen als Bauarbeiter in die Stalinallee, leitende Ministeriumsangestellte wurden als Traktoristen in die Landwirtschaft gesteckt. „Befehl 2“ untersagte den Kaderabteilungen sämtlicher Behörden und Parteidienststellen, diese Leute „in Funktionen zu bringen, in denen sie Kenntnisse über Produktionszusammenhänge und die Tätigkeit des politischen Apparates“ erhalten könnten.

Die „Titifaschisten“

Eine Kette maßloser Ungechtigkeiten und Verfolgungen brach über jene Kommunisten herein, die zum Teil im jugoslawischen Partisanenkampf den „Sozialismus“ gesucht hatten und nach ihrer Heimkehr in die SED gekommen waren. Der Begriff „Titifaschisten“ kennzeichnete sie als Aussätzige. Während ehemalige NSDAP- und HJ-Führer im Sowjetenstaat zu Amt und Würden kamen,

wanderten Pankows „Titoisten“ in Gefängnisse, Arbeitslager und auf „Bewährungseinsätze“ im Urangeland.

In Belgrad wurde damals ein Komitee gebildet, das derartige Fälle registrieren und der jugoslawischen Partei unterbreiten sollte. Der „Bund der Arbeiter“, wie sich die Kommunistische Partei Jugoslawiens heute nennt, hat auf Grund des damit vorgelegten Tatsachenmaterials den SED-Chef Ulbricht offiziell als Stalinisten überluster Prägung entlarvt. Die Hetze Ulbrichts gegen Tito ist hinreichend bekannt. Die Karikaturen Titos, in denen dieser mit einer riesengroßen Hakenkreuzmütze, mit einem bluttriefenden Schlachtmesser in der Hand, dargestellt wurde, waren vor zwei Jahren noch in jeder sowjetzonalen Buchhandlung zu finden. Das Belgrader Parteisekretariat hat einen denkwürdigen Sammelband darüber herausgegeben, in dem alle kommunistischen Anti-Tito-Karikaturen kommentarlos wiedergegeben sind.

Ist es Freundschaft?

Unter diesen Umständen dürfte es fraglich sein, ob echte Freundschaft den jugoslawischen Staatschef die Hand nach Ulbricht ausstrecken ließ. Bis auf den Monat August dieses Jahres haben jugoslawische Stellen jede Annäherung an Pankow vermieden. Die erste inoffizielle SED-Delegation, die Anfang des Jahres Belgrad besuchte, war dort mehr als kühl aufgenommen worden. Jugoslawische Kaufleute, Angehörige der in Westberlin ansässigen Militärmission und Belgrader Journalisten waren den gleichen Vopo-Schikaken ausgesetzt, die jetzt wie-

SSD, herhören!

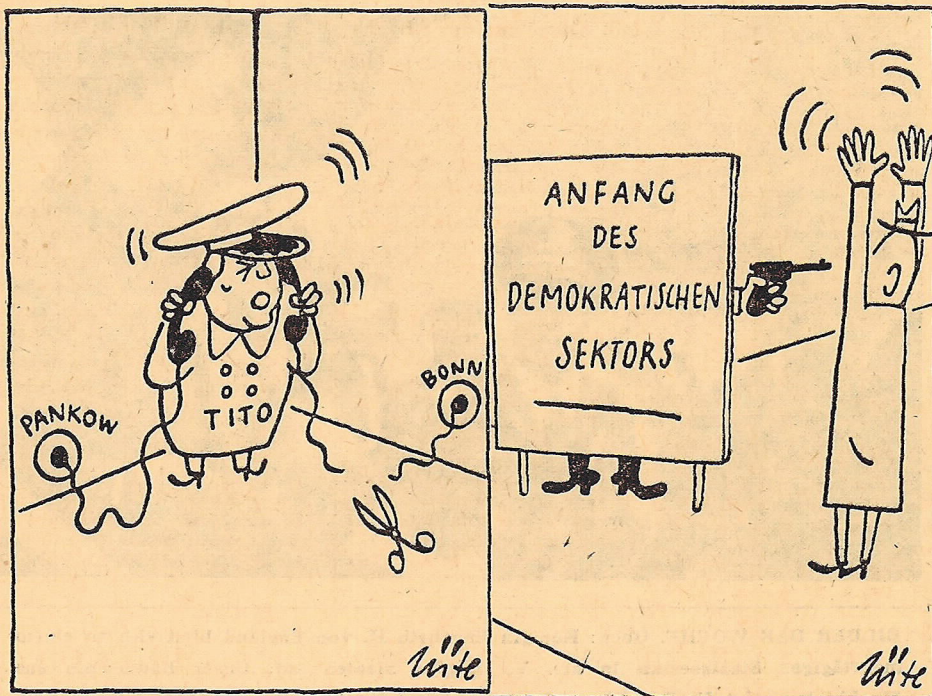
Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

derum die Öffentlichkeit alarmieren. Und dieses Regime hat Tito jetzt als „zweiten deutschen Staat“ anerkannt...

Größere Kredite

Man darf glauben, daß wirtschaftliche Momente eine starke Rolle spielten. Die Sowjetzone muß Tito — im Auftrage des Moskauer „Weltwirtschaftsrates“ — größere Kredite bewilligen. Sie baut in Jugoslawien ein Aluminiumkombinat, weitere Kombinate sind geplant. Und Jugoslawien, das vor dem Kriege seine wertvollen Bodenschätze unverarbeitet exportieren mußte, erhält dadurch reale Chancen, am Welthandel teilzunehmen. Daß dies dann vorwiegend ein Ostblockhandel zu wenig günstigen Bedingungen sein wird, muß Tito wissen. Und daß ihn diese von Moskau befohlene Ostblockhilfe zu immer neuen Zugeständnissen zwingen wird, kann ihm nicht unbekannt sein. Die Anerkennung Pankows war ein solches Zugeständnis. Die Folgen sind nun vorhanden. Bedenkt man, daß dies alles wegen eines Ulbricht und dessen Haßfreundschaft geschah, kann man Tito wenig Glück wünschen zu seiner neuen Politik.



„Hallo Bonn, hallo Bonn!“

Ohne Worte

Abbruch — nicht Rückzug

Fortsetzung von Seite 2

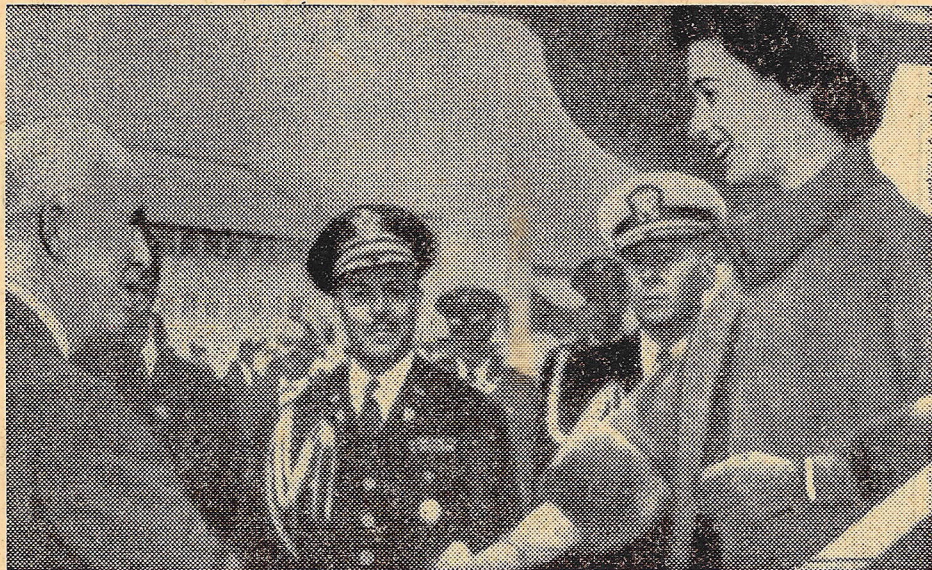
Länder abgehalten werden, die gleiche Anerkennung für zwei deutsche Staaten auszusprechen, wie Belgrad sie eben vollzog. Sicher ist das nicht. Entscheidend ist, daß die deutsche Öffentlichkeit und das Auswärtige Amt einen realistischen Blick für die Wirklichkeit des europäischen Ostens gewinnen. Gewiß sind Polen, Tschechen, Slowaken, Kroaten und Serben — von Ungarn und Rumänien ganz zu schweigen — noch immer unter dem beherrschenden Einfluß der/Macht aus Moskau. Der seit einem Jahr andauernde, aber noch nicht gelungene Balanceakt Wladislaw Gomuikas in Polen und seines kommunistischen Genossen Tito zwischen Moskau und dem Westen sind bisher die einzige Chance, daß das freie Europa nicht an der Elbe, dem Thüringer Wald oder den einschnürenden Sek-

torengrenzen Westberlins aufgehört. Diesen Prozeß einer „Wiedereuropäisierung“ der slawischen Welt kann nur ein freies, aber auch unbefangenes deutsches Deutschland leisten. Eine solche Haltung wird nicht nur durch Handelsbeziehungen bekräftigt, die offenbar Bonn auch weiterhin mit Jugoslawien zu unterhalten beabsichtigt. Vielmehr gehört dazu, daß man die seit 1939 und vor allem seit 1945 grundlegend veränderte Situation der westslawischen Völker ins Auge faßt.

Neues Deutschland-Bild

Bei ihnen gibt es einen deutschen Mythos, der sich aus der Angst vor der oft erlebten militärischen deutschen Übermacht und aus einer uneingeschränkten, fast übertriebenen Hochachtung wirtschaftlicher und organisatorischer Kraft seltsam mischt. Darum sind die Einwände gegen Westdeutschlands

Aufrüstung aus dem Munde der Polen, Tschechen und Jugoslawen anders und ernster zu werten, als es die sowjetische Herkunft dieser Phrasen vermuten läßt. Wir Deutschen sind den westslawischen Völkern zwischen Bug und Adria ein neues Deutschlandbild schuldig, nämlich eines Landes und einer Bevölkerung, die niemals auf eine jahrtausendlang erwiesene Kulturleistung verzichten kann, wohl aber weiß, daß die Zeit drängt zu einer von jedem Imperialismus freien Zusammenarbeit mit den Völkern in den weiten osteuropäischen Ebenen. Wenn der Abbruch und die damit gemeinte Warnung gegenüber der Satellitenwelt einen positiven Sinn erhalten soll, dann nur, indem eine konstruktive deutsche Ostpolitik, die niemals von Moskaus Kreaturen in Pankow betrieben werden kann, alsbald ihre Geburtsstunde erlebt.



BILDER DER WOCHE. Oben: Königin Elizabeth II. von England hielt sich zu einem mehrtägigen Staatsbesuch in den Vereinigten Staaten auf. Unser Radio-Foto aus Washington zeigt die Begrüßung durch Präsident Eisenhower. — Unten: Adenauer im Führerstand der einschienigen „Alweg“-Bahn. Im 90-km-Tempo fuhr er zusammen mit dem schwedischen Industriellen Axel Wenner Gren über die Versuchsstrecke in Köln

